

14. April 2019

1. **Sind Sie dafür, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu globalisieren und damit die Löhne noch stärker dem globalen Konkurrenzdruck auszusetzen? Sind Sie dafür, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu kommerzialisieren und zu privatisieren? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?**

Die Notwendigkeit von Freihandelsabkommen erkennt die Familien-Partei Deutschlands an. Rechtsgeschäfte bedürfen gemeinsamer Regelungen und Vereinbarungen. Einheitliche Maßstäbe vereinfachen den Rechtsverkehr ungemein und bewirken positive wirtschaftliche Effekte wie durch den Wegfall von Zollbestimmungen. Die Familien-Partei Deutschlands wird jedoch niemals Freihandelsabkommen zustimmen die eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge beinhalten oder dessen Auswirkungen eine Absenkung der allgemeinen Lebensverhältnisse bewirken durch z.B. Lohndumping und fragwürdige Verbraucherschutzrechte.

2. **Sind Sie dafür, die Agrarmärkte weiter zu globalisieren und mit Handelsabkommen weitere Märkte für europäische Agrarexporte zu öffnen bzw. die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen, obwohl bäuerliche Familienbetriebe sowohl in Europa als auch anderswo der globalen Konkurrenz nicht gewachsen sind und daher aufgeben müssen? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?**

Nein, die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen macht keinen Sinn. Die europäische Union muss ihrer globalen Verantwortung und der heimischen Landwirtschaft gerecht werden. Dazu gehören sowohl den Import, aber auch den Export von Agrarprodukten besser zu steuern. Nur so kann unsere Landwirtschaft, aber auch die bäuerlichen Betriebe in anderen Ländern ihre Existenz wahren.

Der Export von subventionierten Agrarprodukten, welche heimische Märkte wie in Afrika in ihrer Existenz bedrohen, gehört stärker reglementiert. Die Zerstörung ausländischer Agrarmärkte in wirtschaftlich schwachen Regionen kann nicht im Interesse der europäischen Mitgliedsstaaten sein, angesichts des Zustroms an Menschen, welche aus Perspektivlosigkeit ihre Heimat verlassen (müssen).

Jede wirtschaftliche Entwicklung hatte ihren Ursprung in der Landwirtschaft. Erst dann entstanden Industrie und zuletzt der Dienstleistungssektor. Die Europäische Union betreibt gegenwärtig eine Politik des „get big or get out“ und subventioniert zuvörderst große Agrarbetriebe.

Um amerikanische Verhältnisse in der Landwirtschaft zu verhindern und die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft zu wahren, muss die Europäische Union ihre einseitige Förderpolitik aufgeben und Nebenerwerbslandwirte ebenso bei der Förderung berücksichtigen.

Die Familien-Partei Deutschlands fordert eine einheitliche Grundsубvention, welche allen Agrarbetriebe zu gleichen Teilen zukommen soll, um die Diversifikation der landwirtschaftlichen Grundstruktur zu erhalten.

- 3. Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Bestimmungen zu „regulatorischer Kooperation“ abzuschließen, obwohl damit Demokratie und Arbeitsrechte beschnitten sowie Regulierungen im öffentlichen Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und anderes erschwert und von der Zustimmung anderer Staaten abhängig gemacht werden?**

Es kommt immer darauf an welche Bereiche durch eine regulatorische Kooperation erfasst werden. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Regierungsbehörden der EU und anderen Staaten kann sinnvoll sein. Es darf jedoch niemals die Entscheidungsfreiheit des Gesetzgebers beeinträchtigen, oder das Recht der Staaten Maßnahmen zum Schutz der Allgemeinheit selbstbestimmt festzulegen. Das öffentliche Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz muss Vorrang haben.

- 4. Sind Sie dafür, ein paralleles Rechtssystem für multinationale Unternehmen (sogenannte „Investitionsschutz-Schiedsgerichte“) mit Handels- und Investitionsschutzabkommen weiter auszubauen?**

Nein Schiedsgerichte sind immer einseitig. Denn es könnten nur Unternehmen klagen, nicht aber die Bürger, die von den Entscheidungen der Unternehmen betroffen sind. Es birgt dazu noch erhebliche Gefahren den Rechtsstaat auszuhebeln.

- 5. Sind Sie dafür, Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz einen geringeren Stellenwert als einer Ausweitung des Handels zu geben und werden Sie Handelsabkommen unterstützen, in denen dies festgeschrieben wird? Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Staaten abzuschließen, die das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen nicht unterzeichnet oder ihren Austritt angekündigt haben, oder die die Umsetzung des Übereinkommens nicht gewährleisten? Sind Sie dafür, dass geplante Maßnahmen, die sicherstellen, dass eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen, von Handelsabkommen ignoriert werden können?**

Angesichts der Klimakatastrophe müssen wir in voller Verantwortung der nachfolgenden Generationen handeln. Daher hat für uns der Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz höchste Priorität. Aus diesem Grunde werden wir keine Handelsabkommen mit Staaten unterstützen die sich nicht einmal an die Pariser Klimaschutzübereinkommen halten. Handelsabkommen müssen grundsätzlich an die Menschen, ihren Bedürfnissen und zur Rettung unseres Planeten ausgerichtet werden. Daher muss selbstverständlich auch sichergestellt werden, dass eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen.

- 6. Sind Sie dafür, Handelsabkommen abzuschließen, die das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschränken, Regelungen zum Ort der Datenverarbeitung (Localisation), zur Offenlegung von Quellcodes (Open Source) oder zur Besteuerung von datenbasierten Wirtschaftsaktivitäten (Taxation) zu beschließen?**

NEIN!

